

- 97 **Transfusionsgesetz, Blut und Blutprodukte**
Reduzierung des Zeitraums der Quarantänelagerung
von gefrorenen Frischplasmen und tiefemperatur-
konservierten Erythrozytenkonzentraten
Bekanntmachung des Paul-Ehrlich-Instituts (PEI)
- 98 **Arbeitsschutz**
Leitfaden für Arbeitsschutzmanagementsysteme
- 99 **Deutsches Zentrum für Medizinische Klassifikation**
(DZMK) eingerichtet
- 100 **Vereinbarung nach § 21 KHentgG**
DRG-Daten-Prüftool

Verschiedenes

- 101 **Krankenhausstatistik 2001**
Kostennachweis der Krankenhäuser 2001
- 102 **Ergebnisse der Herbstumfrage 2002 des Kranken-**
haus-Barometers

Anfragen

- 103 **Unterstützung bulgarischer Krankenhäuser**

Europäisches/internationales Krankenhauswesen

- 104 **Ausschreibung von Fördermöglichkeiten im Gesund-**
heitswesen im Rahmen des EU-Aktionsprogramms
zur öffentlichen Gesundheit (2003–2008)

Veranstaltungen/Literaturhinweise

- 105 **Muster allgemeiner Vertragsbedingungen für Kran-**
kenhäuser
6. geänderte Auflage 2003
- 106 **Patientenrechte in Deutschland**
Broschüre
- 107 **Information über den gesetzlichen Unfallversiche-**
rungsschutz für Patienten sowie Information für
medizinisches Personal und den Sozialdienst zu
Unfällen in Krankenhäusern und Vorsorge- oder
Rehabilitationseinrichtungen
Mitteilung der Verwaltungs-Berufsgenossenschaft
- 108 **Arzneimittel-Informationen für Ärzte und Apotheker**
Kostenloser Fachinfo-Service des Bundesverbandes
der Pharmazeutischen Industrie (BPI)
- 109 **Haus der Technik e.V.**
Strahlenschutzkurse
- 110 **Kliniken Maria Hilf GmbH**
Strahlenschutzkurse zum Erwerb der Fachkunde
nach der Röntgenverordnung für den Bereich Rönt-
gendiagnostik

* Nur die mit einem * gekennzeichneten Urteile bzw. andere Quellen können bei Bedarf in vollem Wortlaut bei der Geschäftsstelle angefordert werden.

Krankenhauspolitik

- 78 **Keine Kürzungen beim Krankenhausinvestitionspro-**
gramm NRW für das Jahr 2003
Investitionsvolumen für Krankenhäuser viel zu niedrig

Mit den für Krankenhausinvestitionen für das Jahr 2003 bereitgestellten finanziellen Mitteln trage die Landesregierung dem bestehenden Investitions- und Modernisierungsbedarf der nordrhein-westfälischen Krankenhäuser Rechnung, kommentierte der Geschäftsführer der Krankenhausgesellschaft Nordrhein-Westfalen (KGNW), Richard Zimmer, in einer Pressemitteilung das von NRW-Gesundheitsministerin Birgit Fischer vorgestellte Investitionsprogramm für das Jahr 2003 in Höhe von 729,4 Mio. Euro.

Positiv bewertete der KGNW-Geschäftsführer, dass die Landesregierung trotz der angespannten Haushaltslage bei dem Entwurf des Investitionsprogramms 2003 für die nordrhein-westfälischen Krankenhäuser von Kürzungen bei den investiven Fördermitteln abgesehen hat. Angesichts der förderfähigen Anmeldungen zum Investitionsprogramm 2003 zeige sich allerdings sehr deutlich, dass das bisher zur Verfügung gestellte Investitionsvolumen für die Krankenhäuser in NRW viel zu niedrig sei und von den angemeldeten Maßnahmen immer noch nur rund 16 Prozent zum Zuge kommen. Auch zeige ein Vergleich der bereitgestellten Fördermittel für die Krankenhäuser pro Bett/Platz für den Zeitraum von 1991 bis 2002 in den Bundesländern, dass Nordrhein-Westfalen mit 51.015 Euro pro Bett/Platz Schlusslicht ist.

Angesichts dieser Zahlen und eines nach wie vor erheblichen Investitionsstaus in NRW sei für die Zukunft eine Anhebung der Investitionsmittel zwingend erforderlich, betonte Zimmer. Die Unterfinanzierung der Krankenhäuser in NRW habe sich – wie Berechnungen der KGNW zeigten – über viele Jahre akkumuliert und sei bereits chronisch geworden.

Auch müssten sich die Krankenhäuser in NRW vor dem Hintergrund der DRG-Umstellung auf immer größeren Leistungswettbewerb und zunehmende Spezialisierung einstellen. Wer von den Krankenhäusern mehr Wettbewerb und Leistungsverdichtung verlange, der müsse sie dazu dann auch objektiv in die Lage versetzen, erklärte Zimmer. Ausreichende Investitionen in Gebäude und Ausstattung seien eine zentrale Voraussetzung dafür, dass Krankenhäuser ihre Behandlungen effizient und kostengünstig erbringen können.

Nach Worten des KGNW-Geschäftsführers beobachte selbst die Bundesregierung mit Sorge, dass die Investitionsmittel der Länder für die Krankenhäuser seit Jahren vielfach stagnieren oder rückläufig seien. Diese Befürchtungen seien in der Antwort der Bundesregierung auf die große Anfrage „Zukunft des Gesundheitswesens“ vom März 2001 dokumentiert.

(Mibla, KGNW, April 2003, lfd. Nr. 78)

- 79 **12. SGB V-Änderungsgesetz im Bundesrat verab-**
schiedet

Der Vermittlungsausschuss von Bundestag und Bundesrat hat am 9. April 2003 einen Kompromiss zum 12. SGB V-Änderungsgesetz geschlossen, dem der Bundesrat am 11. April 2003 zugestimmt hat.

Für die Krankenhäuser bedeutet dies:

- Mit der nachträglichen Verlängerung der Optionsfrist bis zum 31. Dezember 2002 wird für die betroffenen Krankenhäuser die Rechtsgrundlage für eine freiwillige Teilnahme am DRG-System in 2003 geschaffen.